desacte keine Berücksichtigung fand, betrieb Wessenberg die Angelegenheit weiter. Noch von Wien aus richtete er ein Promemoria an alle deutschen Höfe, indem er seinen Antrag wiederholte und vorschlug, durch geeignete Bevollmächtigte in Frankfurt, dem Sitz des künftigen Bundestages, die entsprechenden Berathungen zu Verhandlungen mit dem römischen Stuhl eintreten zu lassen. Der Antrag stieß aber auch jetzt auf Widerspruch. Ein Bundesconcordat schien, wie Bayern bemerkte, mit der Souveränität der Einzelstaaten sich nicht zu vertragen. Wessenberg verfolgte die Sache noch einige Zeit. Im Sommer 1816 unternahm er eine Umarbeitung seiner „Deutschen Kirche“. Die Schrift wurde etwas erweitert und 1818 s. l. (Karlsruhe) gedruckt unter dem Titel „Betrachtungen über die Verhältnisse der katholischen Kirche im Umfang des deutschen Bundes“. Doch trat der Gedanke an ein Bundesconcordat allmählig bei ihm zurück. Schon seit 1816 suchte er einige deutsche Staaten zu gemeinsamen Berathungen zu veranlassen; bald waren auch einige Regierungen in dieser Richtung thätig. Baden fühlte sich schon durch die Schwierigkeiten, mit denen Wessenberg eben damals in Rom zu kämpfen hatte, zu gemeinsamem Vorgehen mit anderen Staaten aufgefordert. Als im November 1816 der Staatskanzler Metternich von Wien aus mahnte, daß zur Regulirung der im Reichsdeputationshauptschluß vorbehaltenen Diöcesaneinteilung die vorzüglich dabei interessirten Souveräne förderamst eine Rücksprache unter sich nehmen und zu dem Ende Geschäftskundige zu einem vorläufigen Zusammentritt abordnen möchten, überreichte Wessenberg, der seinen Vetter Metternich zu diesem Schritte veranlaßt hatte, die erwähnte Denkschrift. Dagegen ließ Württemberg ein Gutachten erstatten, welches ganz oder theilweise von B. Wertmeister, Mitglied des katholischen Kirchenrathes, herstammte. Der württembergische Kultusminister Freiherr von Wangenheim ließ in der ersten Hälfte des Jahres 1817, wohl durch Wertmeister und den Generalvicariatsrath Jaumann, die „Allgemeinen Grundsätze, nach welchen in deutschen Staaten ein Concordat abzuschließen wäre“, ausarbeiten, und als er im folgenden Spätherbst als württembergischer Bundesgesandter nach Frankfurt kam, theilte er das Schriftstück den Vertretern anderer Regierungen mit. Es war seine Absicht, wo möglich alle deutschen Staaten zu gemeinsamen Berathungen zu bestimmen. Allein nur einige Regierungen fanden sich dazu bereit. Von diesen wurden am 24. März 1818 Conferenzen eröffnet, welche die Bildung der oberrheinischen Kirchenprovinz einleiten sollten, und bei welchen v. Wangenheim den Vorsitz führte. Es waren vertreten das Königreich Württemberg durch den Präsidenten, sowie durch den Staatsrath von Schmitz-Grollenburg, vormaligen Präsidenten des katholischen Kirchenrathes in Stuttgart, den Generalvicariatsrath von Jaumann und den Legationsrath von Blomberg, welcher das Protocoll

führte; das Großherzogthum Baden durch den Staatsrath von Ittner und den Geistlichen Rath Decan Dr. Burg; das Großherzogthum Hessen durch den Geheimen Staatsreferendar Domberrn von Wreden; das Kurfürstenthum Hessen durch den Regierungsrath Kies; das Herzogthum Nassau durch den Kirchen- und Oberschulrath Koch. Dazu kamen Vertreter der großherzoglich und herzoglich sächsischen Staaten, der Großherzogthümer Mecklenburg und Oldenburg, der freien Städte Lübeck und Bremen, die indessen bei der geringeren Zahl ihrer katholischen Bewohner in zweiter Linie standen. In der sechsten Sitzung trat die freie Stadt Frankfurt bei, in der zehnten die Fürstenthümer Lippe und Waldeck. Die beiden Fürstenthümer Hohenollern, Heßingen und Sigmaringen, schlossen einen Separatvertrag mit Baden, dessen Bisthume sie ihre katholischen Bewohner einverleiben wollten.

Der Entwurf, welcher den zur Theilnahme an den Verhandlungen eingeladenen Regierungen zum Voraus mitgetheilt und jetzt den Berathungen zu Grunde gelegt wurde, die „Allgemeinen Grundsätze, nach welchen in deutschen Staaten ein Concordat abzuschließen wäre“, behandelt zuerst diese Grundsätze und dann die Gegenstände, welche in das Concordat aufgenommen werden dürften. Der Abschnitt über die Grundsätze enthält fünf Punkte. Nach dem ersten Punkt sollen die Grundlage bei den Verhandlungen bilden: die Fürstenconcordate vom Jahre 1447, soweit ihr Inhalt noch auf die gegenwärtige Zeit und die gegenwärtigen Staatsverhältnisse in Deutschland passe; die Punctationen des Emsler Congresses; die Schriften der deutschen katholischen Canonisten von entschiedenem Ansehen; die Kirchenverfassung Oesterreichs als eines katholischen Staates, wie sie seit Kaiser Joseph II. bestehe; der Reichsdeputationshauptschluß vom Jahre 1803. Im dritten Punkt wird es als wünschenswerth bezeichnet, daß den katholischen und protestantischen Landesherren die Ernennung aller Kirchenvorstände, Bischöfe, Domberrn, Seminariumsvorsteher, Decane, öffentlichen Lehrer unter gewissen Modifikationen zugestanden werde, da von der Wahl dieser Personen die öffentliche Ruhe der Staaten und eine fortschreitende Aufklärung der katholischen Geistlichkeit und des Volkes abhänge. Nach dem vierten Artikel sollen Punkte, in welchen Rom durchaus nicht nachgeben wolle, lieber ganz weggelassen oder nur in allgemeinen Ausdrücken gefaßt werden; nach dem fünften sollen allgemeine Grundsätze so viel als möglich mit Stillschweigen übergangen werden, da Rom eher geneigt sei, im Einzelnen, als bezüglich der Principien nachzugeben. Als in das Concordat aufzunehmende Gegenstände werden vier bezeichnet: 1. Errichtung und Dotirung der Erzbisthümer und Bisthümer, der Domcapitel und Seminarier; 2. besondere Bestimmungen in Hinsicht der Erzbischöfe und Bischöfe, der Domberrn und Seminarvorstände; 3. Kirchenrechte der Katholiken in den deutschen Staaten; 4. Kirchenfonds der katholischen Kirche